

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 8

Artikel: Stufenweise Integration angestrebt
Autor: Steinacher, Jürg L.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092714>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Interview mit Staatssekretär Franz Blankart zur Osteuropa-Hilfe

Stufenweise Integration angestrebt

Wenn man hierzulande von der Osteuropa-Hilfe des Bundes spricht, denken viele, dass in erster Linie das Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten dafür zuständig ist. Dem ist nicht so. Den grössten Teil der Hilfe macht die Finanzhilfe aus, die das Bundesamt für Aussenwirtschaft (BAWI) verwaltet. Wir haben hierzu dessen Direktor, Staatssekretär Franz Blankart, befragt.

Der überwiegende Teil der Osteuropa-Hilfe wird durch das BAWI betreut und abgewickelt. Der Bundesrat hat dazu in seiner Botschaft vom 23. September 1991 Grundsätze formuliert. Hat das BAWI daraus Konzepte und Schwerpunkte abgeleitet bzw. in welchem konzeptionellen Zusammenhang stehen die laufenden Projekte?

Es trifft zu, dass in absoluten Zahlen gesehen der überwiegende Teil der Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa vom BAWI betreut und abgewickelt wird (600 Mio Fr. der 800 Mio des Rahmenkredits). Diese Zahlen sagen aber nichts aus über die relative Bedeutung der Instrumente, sondern liegen darin begründet, dass technische Zusammenar-

beit und Ausbildung grundsätzlich weniger Mittel benötigen als die Finanzhilfe.

Aufgrund der in der Botschaft vom 23. September 1991 festgelegten Grundsätze hat das BAWI folgende Schwerpunkte in seiner Zusammenarbeit abgeleitet:

Kreditgarantien werden den Ländern erteilt, deren wirtschaftliche Situation es der ERG (Exportrisikogarantie; Anm. d. Red.) verunmöglicht, eine normale ERG-Deckung anzubieten. Damit soll der Zugang zur kommerziellen Finanzierung ermöglicht werden. Die Finanzhilfe auf nichtrückzahlbarer Basis hingegen soll dort zum Einsatz kommen, wo sich prioritäre Vorhaben nicht kommerziell finanzieren lassen und wo die Schweiz ein kompetitives Angebot vorzuweisen hat. Keinesfalls soll diese nichtrückzahlbare Finanzhilfe zu einer Konkurrenzierung kommerzieller Finanzierungen führen. So wird denn auch bei jedem Projekt, das von einem Partnerland zur Finanzierung unterbreitet wird, geprüft, ob es nicht auch auf kommerzieller Basis finanzierbar wäre. So kommen Finanzierungen auf nichtrückzahl-

... die Aufgaben des BAWI im Rahmen der Osteuropa-Hilfe des Bundes (beide Fotos: Keystone).



Staatssekretär Franz Blankart erläutert...

barer Basis vor allem in den Bereichen Umwelt, Gesundheit und auch Infrastruktur zur Geltung.

Das Parlament hat in der Wintersession weitere Kredite für die GUS-Staaten bewilligt. Wie geht das BAWI hier vor? Ist eine Sonderbehandlung der IMF-Partner (Internationaler Währungsfonds) vorgesehen?

Der Kredit für die GUS-Staaten basiert grundsätzlich auf den gleichen Grundlagen wie derjenige für Mittel- und Osteuropa. Es handelt sich bei der kürzlich im Nationalrat behandelten Botschaft ja nicht um ein neues Geschäft, sondern um eine Erweiterung des im Januar 1992 bewilligten Rahmenkredits. Ansatz und Instrumente sind also identisch. Wegen der Vielzahl der Staaten und der Komplexität der Probleme ist davon auszugehen, dass wir uns stark auf Programme multilateraler Institutionen (Weltbank oder Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) stützen werden. Wir sehen dabei nicht zum vornherein eine

Sonderbehandlung für unsere asiatischen BWI-Partner (Bretton-Woods-Institutionen; Anm. d. Red.) vor; wir sehen daher auch nicht vor, eine fixe Tranche des Rahmenkredits für diese Länder zu reservieren. Vielmehr gelten auch für diese Länder die üblichen Verfahrensweisen für die Projektauswahl.

Welche Erfahrungen haben Sie bisher mit der Osteuropa-Hilfe gemacht; wie wird die Erfolgskontrolle gehandhabt? Wie stellen Sie sich zum Vorwurf, dass bei der Projektvergabe an Dritte die Verwaltung z. T. überfordert sei? Sind Fehler gemacht worden? Sind die Auswahlkriterien bzw. das Evaluationsverfahren hinreichend definiert?

In seiner Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa hat das BAWI bisher hauptsächlich Erfahrungen mit Polen gemacht, das ja einen erheblichen Teil der Mittel des ersten Rahmenkredits zugesprochen erhielt. Verschiedene Finanzhilfeprojekte sind in der Zwischenzeit abge-

LESERBRIEFE

geschlossen worden, Schlussberichte liegen vor. Für eigentliche Export-Evaluationen ist die Zeit seit Projektabschluss aber noch zu kurz.

Zur Auswahl der Projektträger: Die Projekte der Finanzhilfe dienen ja der Finanzierung konkreter Lieferverträge, d. h. privatrechtlicher Abkommen zwischen einem Projektträger im Partnerland und einem Lieferanten in der Schweiz, der in der Regel aufgrund einer internationalen Ausschreibung ausgewählt worden ist. Vor einer Finanzierungszusage überprüfen wir die vorgesehene Lieferung hinsichtlich der finanziellen, wirtschaftlichen und technischen Machbarkeit und Angemessenheit. Wichtig ist dabei auch festzustellen, ob die Projektträger im Partnerland über die nötige Ausbildung verfügen. Solche Abklärungen werden in der Regel von aussenstehenden Konsulenten ausgeführt.

Wie stellen Sie sich zum Grundsatz, dass die Partner vor Ort stärker zu unterstützen seien? Sind die staatlich bezeichneten Ansprechpartner in der Regel nicht die falschen Adressen (dies insbesondere für die GUS-Staaten)? Welchen Ausweg aus dem Dilemma sehen Sie?

Wir bemühen uns, wenn irgend möglich mit privaten Projektpartnern zusammenzuarbeiten. Andererseits muss festgehalten werden, dass der staatliche Sektor in den Wirtschaften Mittel- und Osteuropas nach wie vor eine wichtige Rolle spielt, daher nicht völlig vernachlässigt werden kann. Lieferungen an staatliche Firmen können in bestimmten Fällen deren Privatisierung im positiven Sinne beeinflussen.

Welchen Effekt haben die Sparanstrengungen des Bundes auf die Osteuropa-Hilfe? Wird dadurch die Planungssicherheit bei den Projekten, die ja auf einige Jahre hinaus angelegt sind, nicht nachhaltig beeinträchtigt? Gibt es deswegen schon konkrete Schwierigkeiten?

Die Sparanstrengungen des Bundes führen in erster Linie zu einer verlangsamt Implementierung der Rahmenkredite. Wir sind allerdings heute an einem Punkt angelangt, wo

eine weitere Verlangsamung ohne Verlust der Glaubwürdigkeit der Schweiz kaum möglich wäre. Wir müssen auch festhalten, dass die Projektimplementierung nicht von uns gesteuert wird, sondern entsprechend den projektspezifischen Gegebenheiten abgewickelt werden muss. Um die Finanzhilfe (sowohl die Finanzhilfe auf nichtrückzahlbarer Basis als auch die Kreditgarantien) in einer sinnvollen Art und Weise durchzuführen, ist ein gewisses Finanzvolumen notwendig. Sonst könnten nur noch sehr kleine oder zeitlich übermässig sich hinziehende Projekte implementiert werden. Dies kann keinesfalls dem anerkannten Grundsatz entsprechen, dass rasche Hilfe doppelte Hilfe bedeutet.

Neben der materiellen Hilfe, wie wir sie hier diskutiert haben, stehen dem Bund im Rahmen der Aussenpolitik und Aussenwirtschaftspolitik weitere Instrumente für die Unterstützung des Staatsaufbaus zur Verfügung. Zu denken wäre etwa an gemeinsame EFTA-Aktivitäten gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten. Wie stellen Sie sich dazu; gibt es in Ihrem Departement schon entsprechende Strategien?

Sehen Sie andere Möglichkeiten zur ostpolitischen Profilierung der Schweiz?

Sie sprechen die EFTA-Zusammenarbeit an. Gerade im EFTA-Verbund sind mit den mittelosteuropäischen und südosteuropäischen Partnern bedeutende Wirtschaftsabkommen ausgehandelt und z. T. schon in Kraft gesetzt worden. Ich denke an die Freihandelsabkommen mit der vormaligen CSFR, mit Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Diese vertraglichen Beziehungen sollen ja zu einer graduellen Integration der Mitteleuropäer in den westeuropäischen Freihandels- und Wirtschaftsraum führen. Die politische Dimension dieser Zielsetzung ist evident. In ihrem Dienst steht letztlich auch die konkrete Hilfe, die wir diesen Ländern gewähren müssen, damit eine echte, gleichberechtigte Partnerschaft zwischen ihnen und uns entstehen kann.

Interview: Jürg L. Steinacher

Zum Artikel «Nach dem Bundeshausdrama» im Forum Medien kritisch über die Bundesratswahlen in «zeitbild» 6/93.

Ging es bei diesem erregenden oder traurigen Geschehen wirklich nur darum, dass die linken Medien wieder einmal mehr ihre Macht demonstrierten?

Der Verfasser des erwähnten Artikels macht es sich schon sehr einfach mit einer solchen Feststellung.

Viele Frauen und auch Männer konnten nicht mehr schweigen zu dem traurigen Verhalten verschiedener bürgerlicher Parlamentarier. Hatten diese Angst vor einer Frau, die nicht in ihr Klischee passt? Angst vor einer Frau, die nicht einfach Männerpolitik betreiben will?

Die Medien geben ein Spiegelbild des Empfindens vieler Frauen, die nun endlich genug haben von der patriarchalen Männerherrschaft. Sind etwa auch die Medien schuld, dass Herr Cotti in unverantwortlicher Weise sein Departement loswerden wollte?

Offenbar herrscht im Bundesrat nicht die gleiche Angst – vor allem was mit SP zu tun hat – wie bei «wag». Ob zu Recht oder zu Unrecht, das bleibe dahingestellt.

Margrith Maier, Tägerwilen

* * *

Das Zusammenleben von Menschen ist ein Spiel von Überlegenen mit Unterlegenen, von Unterdrückern mit Unterdrückten. Sinn und Aufgabe jedes Unterdrücktseins ist, sich aus der Abhängigkeit zu befreien und die eigene Überlegenheit zu verwirklichen.

Die Rollen in diesem Spiel wechseln ständig: Unterlegene stehen auf und entwickeln sich zu Überlegenen; bis-

her Überlegene wurden von zuvor Unterlegenen überrundet und in die Unterlegenheit gedrückt. Es ist das die permanente Entwicklung des Menschen vorantreibenden Spiels, der Wettbewerb um die stets grössten Fähigkeiten und Stärken.

Lange, lange Zeit galt es als normal und selbstverständlich, dass der Mann der Frau überlegen war. Die Frau fand sich mit ihrer Abhängigkeit ab. Nun kann jedoch keinerlei Abhängigkeit von ewigem Bestand sein. Es gehört zu den Grundbedürfnissen von Mann und Frau, die eigene Unabhängigkeit zu realisieren und nach Überlegenheit zu streben. So kam es vor längerer Zeit zu der Bewegung, welche unter dem Begriff «Emanzipation der Frau» segelt.

Die Männer haben zwar diesem Ruf nach Gleichstellung mit einigem Kopfnicken zugestimmt, ohne diesen jedoch allzu ernst zu nehmen. Es ist auch nicht Sache der Männer, ihre überlegene Position freiwillig aufzugeben; die Gleichstellung der Frau muss von ihr selber erkämpft und erobert werden.

Die Befreiung der Frau aus ihrer Position der Abhängigkeit und Unterdrückung ist seit der letzten Bundesratswahl in eine neue Phase getreten; sie ist nicht länger eine Schreibtischangelegenheit, sondern nunmehr Tatsache im realen Alltagsgeschehen.

Der Mann ist nicht länger nur aus den eigenen Reihen zum Wettbewerb herausgefordert, sondern nun auch von der Frau her. Er muss sich in neuer Weise vermehrt anstrengen und Wachheit üben, wenn er vermeiden will, dass es nicht nur zu einer Gleichstellung der Frau kommt, sondern er nun seinerseits durch Verwirklichung eines weiblichen Überlegenheitspotentials in die Abhängigkeit getrieben wird.

Hans R. Kaufmann, Nidau